

Dienstag (Nachmittag), 15. März 2022 / Mardi après-midi, 15 mars 2022

2. Priorität – Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion**2^e priorité – Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

93 2021.RRGR.78 Motion 053-2021 Rüeegsegger (Riggisberg, SVP)
Erneuerbare Energie im Kanton Bern ist der Regierung nicht nur das Papier wert

93 2021.RRGR.78 Motion 053-2021 Rüeegsegger (Riggisberg, UDC)
Energie renouvelable dans le canton de Berne – plus que des mots pour le gouvernement

Le président. Nous passons à l'affaire du point numéro 93, une motion. Le débat est libre, le gouvernement propose le rejet du texte. Je laisse la parole à M. le député Rüeegsegger qui est le porte-parole pour cette intervention.

Hans Jörg Rüeegsegger, Riggisberg (SVP), Motionär. Die erneuerbare Energie im Kanton Bern ist der Regierung nicht einmal das Papier wert, denn die Regierung will diese Motion ablehnen. Dies hat mich doch etwas erstaunt. Vor allem, als ich die Antwort gelesen habe, hat es mich doch etwas überrascht, dass alles positiv beantwortet wurde, und am Schluss eine ablehnende Haltung resultierte. Sie betrifft hier drin ziemlich viele Leute, und wenn man sieht, wann sie eingereicht wurde, hat es eben auch eine Geschichte.

Ich komme noch kurz auf die Geschichte zu sprechen. Ich möchte aber zuerst zur Antwort der Regierung zu Punkt 1a etwas sagen, wo die Regierung ausführt, dass die Kantonsverwaltung seit 2011 die Anforderungen der Energiestrategie des Kantons Bern 2006 mit einbezieht und auch für die kantonalen Liegenschaften den Strom ausschliesslich aus erneuerbaren Quellen bezieht. Das ist sehr lobenswert, es sind erneuerbare Ressourcen. Aber wahrscheinlich wird der Strom von jenem Stromanbieter bezogen, wo wir Hauptaktionär sind. Doch wir denken an die neusten Medienberichte: Die Windparks in Norwegen und Frankreich lassen grüssen. Die kleinen PV-Anlagen-Betreiber, die hier drin sind oder zuhören, kommen sich im Kanton Bern irgendwie ein bisschen verschaukelt vor. Zum Hintergrund der Motion: Der Kanton Bern als Mehrheitsaktionär hat es nicht geschafft, via Vertretung im Verwaltungsrat trotz mehrerer Vorstösse Einfluss zu nehmen und das strategische Thema, die Energiewende, mit der Energiestrategie 2030 und dem Klimaverfassungsartikel, zu thematisieren.

Wir wissen, dass bis zum dritten Quartal 2021 sehr viele kleine Anlagenbetreiber des Kantons Bern nicht kostendeckend Strom erzeugen konnten. Entsprechend lautet auch die Antwort des Regierungsrats zu Punkt 1a. Er deckt den fehlenden Strom der Kantonsverwaltung mit erneuerbaren Ressourcen. Dies ist etwas wenig glaubwürdig, wenn man sieht, dass diese wohl vom Ausland gedeckt werden. Ich habe in der Diskussion im Vorfeld zu diesem Geschäft in den letzten Tagen festgestellt, dass die Idee gar nicht so schlecht ist, die wir mit den Mitmotionären aufwerfen, und dass die beschriebene Ausgangslage stimmt, so wie sie vorliegt, und nicht manipuliert oder etwas populistisch daherkommt. Dies wurde mir mehrfach bestätigt. Jetzt kommt die Wende: Medienberichte im Januar und Februar bringen es an den Tag. Eines ist klar nach den Medienberichten: Die Kantone haben es in der Hand, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen mit dieser Ausgangslage, und sich von der Philosophie «Profit hat Priorität» oder «Staat gegen Staat» zu entfernen, die hier auch vorhanden ist.

Konkret erwarten wir jetzt, dass die Regierung die Rahmenbedingungen verbessert und die Versorgungssicherheit auch beim Strom, bei der Energie, gewährleistet. Dann haben wir hier drin ebenso wie die Berner Bevölkerung beides: die Sicherheit, die Versorgungssicherheit, und die Gewinne, auf die wir angewiesen sind.

Ich komme zur Pièce de Résistance, denke ich, zur Ziffer 1c, zielgerichtet und zweckgebunden. Jetzt kann man natürlich, so wie viele Kolleginnen und Kollegen ausführen, sagen, dies sei Kässeli-politik, und es gehe um Fonds. «Ist jetzt der Rüegeegger plötzlich für Fonds?» Nein, grundsätzlich nicht, aber ich frage jetzt die einen, was der Unterschied ist zur Motorfahrzeugsteuer. Diese wird befürwortet. Was trägt denn diese Umverteilung mit sich? Oder auch der Strassennetzplan, oder die Hochbauinvestitionen, bei denen wir im Voranschlag jeweils die Höhe der Investitionen festlegen – was ist da der Unterschied? Aber ich komme darauf zurück. Ich bin jetzt gespannt auf die Debatte. Ich verlange auf jeden Fall eine punktweise Abstimmung. Ich habe dies mit dem Präsidium des Grossen Rates geklärt. Ich freue mich jetzt auf die Debatte.

Le président. Le motionnaire maintient sa motion en tant que telle, mais nous allons voter point par point, 1a, 1b, 1c, 1d et 2. La parole est aux groupes. Le premier à se manifester, le groupe des Verts, par la voix de M. le député Beat Kohler.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne), Mitmotionär, Fraktionssprecher. Wir haben es gehört. Einmal mehr geht es eigentlich um die BKW. Nachdem uns die Regierung mehrfach erklärt hat, dass wir hier drin keinen direkten Einfluss auf die BKW haben, schon gar nicht auf die Geschäftspolitik oder auf die Höhe der Einspeisevergütung zum Beispiel, versuchen wir es hier mit einem anderen Weg. Ich hoffe doch, dass wir zumindest auf die Dividenden, die wir von der BKW als Hauptaktionär, erhalten, noch einen Einfluss haben können. Es ist so, dass sich die Politik bei der BKW stark geändert hat. Diejenigen, die anfangs, als es die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) gab, selber Anlagen gebaut haben, grosse Anlagen, haben Abmachungen mit der BKW gehabt und Strom einspeisen können. Für den Strom, den sie in ihren PV-Anlagen produziert haben, haben sie auch entsprechend Geld erhalten. Mitte des letzten Jahrzehnts hat die BKW irgendeinmal ihre Politik geändert und hat auf einen reinen Marktpreis umgestellt. Die Vergütungen gingen massiv zurück, so dass sich das Ganze für die Leute, die diese Anlagen gebaut haben, irgendwann nicht mehr gelohnt hat.

Dies hat eine grosse Unsicherheit mit sich gebracht, mit entsprechenden Rückgängen beim Zubau von Photovoltaik-Strom. Jetzt ist es so, dass der Fotovoltaik-Strom tatsächlich einen wesentlichen Anteil an die Versorgungssicherheit leisten kann. Dies ist nicht nur für die kantonale Verwaltung so, sondern insgesamt. Wir fordern im ersten Punkt, dass sich diese mit solchem Strom versorgen soll. Zu den verschiedenen Punkten: Beim ersten Punkt kann man sagen, wenn wir dafür sorgen, dass sich der Kanton bis 2030 mit PV-Strom versorgen kann, werden wir Diskussionen, wie wir sie letzte Woche über die Turnhalle Schönauf geführt haben, nicht mehr führen. Bis jetzt lautete das Argument immer, man könne nicht wirtschaftlich einspeisen. Wenn der Kanton seinen Strom selber produziert und dies entsprechend auch finanziert ist, wird es diese Diskussionen nicht mehr geben, und der Kanton wird endlich seine Dächer selber einzudecken, so wie wir es hier drin schon mehrfach gefordert und auch überwiesen haben.

Auf die minimale Einspeisevergütung möchte ich näher eingehen. Dort geht es, wie ich vorhin gesagt habe, darum, dass die BKW das Vertrauen der Anlagenbauenden massiv gestört oder zerstört hat, indem es diese Preisveränderungen gab, die zu deutlich tieferen Preisen führten als das, was für den kostendeckenden Betrieb solcher Anlagen notwendig gewesen wäre. Inzwischen, Sie wissen es, sind die Preise wieder gestiegen. Wir sind bei über 20 Rappen Einspeisevergütung, welche die BKW bezahlt. Aber sie orientieren sich sonst sehr stark oder direkt am Markt. Entsprechend gibt es nach wie vor keine Investitionssicherheit. Die Preise können sofort wieder sinken. Entsprechend ist es so: Wenn jemand heute investiert, weiss er nicht, ob er in Zukunft seine Investition amortisieren kann. Deshalb fordern wir hier, dass Anlagenbetreibende eine minimale Vergütung erhalten sollen. Dies können 8 bis 10 Rappen pro Kilowattstunde sein, die man daraus finanzieren könnte. Wie der Motionssprecher gesagt hat, generiert die BKW ihre Gewinne vor allem im Ausland und investiert auch jetzt wieder im Ausland, obwohl es völlig unsicher ist, ob wir bei fehlendem Stromabkommen mit der EU diesen Strom überhaupt je in die Schweiz bringen und damit zu unserer Versorgungssicherheit etwas beitragen würden. Wenn die BKW da nicht mithilft und sich weiter so stark am Markt orientiert, müssen wir schauen, dass wir diese Lücke füllen und uns absichern kön-

nen. Im Moment würde es den Kanton, was den Punkt 1c betrifft, gar nichts kosten, weil wir ja deutlich über den Preisen liegen, die als minimale Vergütung notwendig wären.

Ich bitte Sie, dies entsprechend zu überweisen. Ich bitte Sie auch, den Punkt 2 zu überweisen. Obwohl wir das Energiegesetz gerade erst letzte Woche behandelt haben, werden wir wieder über das Energiegesetz sprechen müssen, dies im Rahme unserer Solarinitiative. Dabei müssen wir das Energiegesetz wieder öffnen. Entsprechend kann man auch diesen Punkt dort einfügen. Die grüne Fraktion wird selbstverständlich zu allen Punkten Ja sagen. Ich bitte Sie, dies auch zu tun.

Samuel Leuenberger, Bannwil (SVP), Mitmotionär. Wir stehen vor den Wahlen. Wir könnten auch einmal ein Rating machen zur Frage, wer die intelligentesten politischen Vorstösse im Zusammenhang mit Solarenergie einreicht. Man könnte aber auch schauen, wo hier im Grossen Rat die grösste Fläche mit Solarenergie liegt, und man könnte auch noch fragen, wo wir das grösste Ausbaupotenzial haben. Wir würden sehen, dass dieses in allen Parteien vorhanden ist. Dies hat auch dazu geführt, dass diese Motion über alle Parteien hinweg breit abgestützt ist. Ich bin selber betroffen. Es ist keine grosse Anlage. Wir haben sie für den Eigenbedarf erstellt, es sind 90 PS, oder wie man sagt. Was wir dort festgestellt haben, ist genau dieser Preiszerfall. Wir haben am Anfang mit 9 Rappen kalkuliert, dann gab es einmal fast nichts mehr für die überschüssige Energie, die eingespeist wird, und inzwischen interessiert es mich eigentlich schon gar nicht mehr. Aber der Reststrom, der ins Netz fliesst, fliesst in eines der profitabelsten Unternehmungen, die im Stromhandel tätig sind, und der Kanton Bern ist notabene noch Mehrheitsaktionär. Dennoch bringen wir es nicht fertig, dass der eigene Strom, der im Kanton Bern produziert wird, entsprechend abgegolten werden kann. Deshalb sage ich besten Dank für die gute Diskussion, und ich hoffe, dass dies der Startschuss ist für eine gerechte Einspeisevergütung für diejenigen, die freiwillig mehr Solarflächen einrichten, als nötig ist.

Martin Egger, Frutigen (glp), Fraktionssprecher. Für uns in der glp klingt der Titel dieses Vorstosses treffend. Schade, dass man diesen nicht umsetzen will. Die erneuerbare Energie ist nicht nur fürs Papier. Deshalb liegt es für uns nahe, dass wir diese Motion unterstützen. Neben den raumplanerischen Herausforderungen für das Erstellen von Staumauern und den schleppenden Realisierungen von Wärmeverbünden, ist es wichtig, dass der Kanton in dieser entscheidenden Phase der Weiterentwicklung stark Einfluss nehmen muss. Die Erwartungen im Kanton an eine wirkliche Wende in der Energiefrage sind gross; Transparenz und Glaubwürdigkeit stehen wirklich auf dem Spiel. Es ist wichtig, dass der Regierungsrat diese Anliegen unterstützt, den Energieverbrauch senkt und versucht, die Energieeffizienz zu erhöhen und die erneuerbare Energie zu fördern. Wenn wir das Ziel der kantonalen Energiestrategie 2035, und die Klimaziele 2050 des Bundes erreichen wollen, dann müssen wir diesen Vorstoss annehmen. Die glp stimmt dem Vorstoss in allen Punkten als Motion zu und versteht nicht ganz, warum die Regierung dies nicht so sieht.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP), Fraktionssprecher. Es ist wieder einmal eine BKW-Motion, und hier geht es um die Dividenden. Es wurde vieles erklärt, es geht ja eigentlich darum, dass man die Dividenden in eine Spezialfinanzierung aufnehmen, um dann den Punkt 1 zu erledigen. Wir sind dafür. Es gehört zu unserer Grund-DNA als FDP: Förderprogramme sind gut. Wir wollen es aber auch nicht in ein Gesetz einbringen. Wir konnten auch in der Antwort der Regierung lesen, dass diese eigentlich nicht so gerne eine Spezialfinanzierung haben möchte, weil sie Spezialfinanzierungen einengen, und das wollen sie eigentlich nicht. Sie wollen Handlungsspielraum. Dies ist für uns auch nachvollziehbar. Aber eben, zwischendurch gibt es halt nicht immer ein Wunschkonzert. Als ich die Antworten auf die Punkte 1a bis d gelesen habe, habe ich vor allem bei Punkt a die vielen Zahlen übergesprungen, weil ich sie als Stromspezialist nicht verstanden habe. Aber im Schlusssatz von Punkt a stand, dass man mit diesem Mechanismus als Kanton eigentlich auch eine Vorbildfunktion übernehmen könnte und dies eigentlich schon prüfenswert wäre. Prüfenswert. Bei b und c hat die Regierung eine Möglichkeit aufgezeigt, wie man ein Förderprogramm einbringen könnte, und für uns ist es genau das: Ein Förderprogramm ist viel sympathischer als irgendwelche weiteren oder neuen Gesetzesartikel. Punkt d: Das finden wir eigentlich wie die Regierung. Das

sollen die Privaten in den Griff bekommen. Nicht dass dort der Staat noch die Finger drin hat und sich dies mit privaten Anlegern sichert.

Bei der Diskussion in der Fraktion der FDP hat sich gezeigt, dass dieser Vorstoss in Form einer Motion nur sehr wenige Stimmen erhält. Als Postulat würden wir ihn aber grossmehrheitlich unterstützen. Wie auch immer: Wir wollen auch etwas beitragen zu den erneuerbaren Energien und diese unterstützen, ebenso wie die Energiewende. Wir wollen aber kein Verbot, sondern zielgerichtete Fördermassnahmen.

Jürg Rothenbühler, Rüderswil (Die Mitte), Mitmotionär, Fraktionssprecher. Die Idee der Motion ist ganz klar zukunftsorientiert, und es ist wichtig, dass wir bei der nachhaltigen Energiegewinnung Gas geben. Dass die Verwaltung des Kantons Bern als Beispiel in 8 Jahren zu 100 Prozent mit nachhaltiger Energie versorgt werden soll, ist sehr erstrebenswert, unter anderem. Die Finanzierung über die Dividende der BKW findet Die Mitte eher etwas problematisch, da wir hier eine gewisse Planungsunsicherheit haben. Der Regierungsrat schreibt aber selber, dass eine Spezialfinanzierung geprüft werden soll oder geprüft werden könnte, weil doch die Einnahmen, eben die Dividenden, in einem sehr engen Bezug zur Förderung einer PV-Anlage stünden. Aber weil die BKW ihre Hausaufgaben nicht so ambitioniert macht oder sie vielleicht etwas unmotiviert wahrnimmt, wäre es schon sinnvoll, dies anzuschauen. Eine solche Einspeise- oder Investitionsunterstützung von PV-Anlagen finden wir sehr gut. Wir wollen fördern. Als wir in der Mitte-Fraktion in der Wintersession die Rückweisung der Solarthematik zum Eigenbedarf vorgeschlagen haben, mussten wir uns zum Vorwurf machen lassen, wir wollten keine Pflichten, sondern wir wollten fördern. Hier hätten wir die Möglichkeit, solche Fördermassnahmen einzurichten.

Vielleicht noch zu Punkt 2. Wir haben das kantonale Energiegesetz zu Beginn dieser Session ziemlich ohne Nebengeräusche verabschiedet. Eine Anpassung würde eine Teilrevision nach sich ziehen. Das konnten wir auch lesen. Doch dies bewegt den Regierungsrat nun aber zu einem Nein. Ich kann Ihnen sagen – und das wissen Sie besser als ich – es ist nicht das erste Mal, und es wird auch nicht das letzte Mal sein, dass wir eine Teilrevision haben werden. Deshalb ist dies sicher kein Grund, um hier Nein zu sagen. Die Mitte-Fraktion ist bei der Motion gespalten. Es wird so halbe-halbe sein, aber einem Postulat würde man ganz sicher zustimmen.

Hanspeter Steiner, Boll (EVP), Fraktionssprecher. Ich möchte noch meine Interessenbindung bekanntgeben: Ich bin Präsident der Solargenossenschaft Worblental, die mit Genossenschaftsgeldern grosse Solardächer baut. Kolleginnen und Kollegen: Diese Motion wäre eine Chance, einen kleinen, nächsten Schritt in Richtung unseres ehrgeizigen Ziels, der Energiewende, zu gehen. Das Kerngeschäft der BKW ist, so hoffe ich zumindest, immer noch die Produktion von Energie, und sie gehört mehrheitlich dem Kanton. Was spricht also dagegen, Mittel zweckgebunden einzusetzen? Kennen Sie die Einspeisetarife von der BKW? Vor einem Jahr waren es 2 Rappen. Momentan sind es 22 Rappen. Ich nenne dies «Tarif-Purzelbäume». Sie helfen niemandem, schon gar nicht den Investoren, die eine gewisse, verständliche Sicherheit möchten, wenn sie eine Solaranlage bauen möchten. Einen Mindestbetrag sollten sie erhalten, und diesen könnten wir mit dem Entscheid, den wir heute fällen, ermöglichen. Ein Mindestbetrag, der Sicherheit, und vor allem Investitionssicherheit bringen würde. Heute haben wir eine Chance, dieses Anliegen ernst zu nehmen. In seiner Antwort hat der Regierungsrat kommuniziert, dass die Umsetzung dieser Motion durchaus möglich wäre, wenn man denn wollte. Ich habe aus der Antwort des Regierungsrats gespürt, dass er einfach nicht möchte.

Kolleginnen und Kollegen, am Ende dieser Legislatur könnten wir heute ein deutliches Zeichen setzen, um einen guten nächsten Schritt in Richtung unserer wichtigen Ziele zu gehen. Bei einer Motion haben meine Kolleginnen und Kollegen aus der EVP noch Bedenken, vor allem weil es halt wieder nach einem Fonds aussieht, oder eine gewisse Unsicherheit besteht, wenn man Dividenden dazu verwenden würde. Aber den Ansatz, den teilen sie. Sie sind bei einem Postulat voll und ganz dabei. Bei der Motion müssten sie sich noch etwas zu einem Ja durchringen. Danke, wenn Sie dies unterstützen und wir heute ein wichtiges Zeichen setzen.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP), Fraktionssprecherin. Vorstösse zur BKW gehören wohl zu den Top Ten der Vorstösse. Das habe ich jetzt nicht verifiziert, das ist einfach ein Bauchgefühl. Ich glaube, es ist ein Bauchgefühl, das wir alle hier drin haben. Es gibt immer wieder diese BKW-Vorstösse, und eigentlich haben wir nie etwas erreicht mit diesen Vorstössen. Wir konnten immer nur Signale setzen, aber der Regierungsrat konnte nichts tun. Es ist offensichtlich so wie mit diesen Standesinitiativen, bei denen die Regierung auch das Gefühl hat, sie erreiche nichts damit. So kommen wir uns eigentlich mit diesen BKW-Vorstössen vor. Wir können einzig einmal jährlich ein Signal setzen, indem wir diese Vorstösse einfach nicht abschreiben. Aber wir wissen eigentlich, dass dies auch nicht viel hilft. Und jetzt liegt hier ein konstruktiver, ein bestechender und von mir aus gesehen auch zielführender Vorstoss vor. Wenn die Regierung respektive die BKW uns nicht hören will, unsere Stimmen nicht wahrnehmen will, dann haben wir jetzt eine gute Lösung gefunden mit diesem Vorstoss, indem wir dieses Problem selber lösen. Ob das am Ende ein Topf ist oder eine Fördermassnahme, spielt uns eigentlich keine Rolle. Es geht um das, was wir damit erreichen wollen. Ich glaube, es ist ein Vorstoss, der unsere Unterstützung verdient. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird auch die Motion unterstützen. Es ist jetzt Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen und nicht einfach irgendwie Vorstösse durch Nichtabschreiben vor uns herzuschieben. Wir möchten die Erneuerbaren fördern, wir möchten kein neues AKW mehr in der Schweiz, und wir stimmen diesem Vorstoss zu, vielleicht mit einzelnen wenigen Gegenstimmen - einfach damit ich es richtig sage, falls jemand auf «Enthalten» drücken würde. Machen wir heute Nägel mit Köpfen, und fördern wir die erneuerbaren Energien!

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP), Fraktionssprecher. In der SVP-Fraktion hat der Vorstoss zu Diskussionen Anlass gegeben; es ist nicht so, dass ich Ihnen jetzt ein einheitliches Meinungsbild präsentieren könnte. Es gibt auf beiden Seiten gute Argumente. Auf der einen Seite ist die Lageanalyse des Motionärs, aber auch von Samuel Leuenberger insoweit richtig, als dass Handlungsbedarf besteht. Es ist auch störend, wenn die BKW auf der einen Seite Strom im Ausland kauft, möglichst noch von erneuerbaren Energieträgern im Ausland, und dann im einheimischen Umfeld nicht genügend tut, um entsprechende Bestrebungen für erneuerbare Energien zu fördern, umso mehr als der Kanton hier eine Mehrheitsbeteiligung hat. Auf der anderen Seite stören wir uns als SVP-Fraktion daran, dass hier mehr oder weniger nonchalant die Einführung von neuen Fonds gefordert wird. Die SVP-Fraktion ist kritisch gegenüber der Einführung von Fonds, auch wenn der Zweck an sich legitim ist. Der Motionstext mit dem Ausdruck «zweckgebunden» führt doch schon mehr oder weniger eindeutig zu der Schlussfolgerung, dass es hier in Richtung Fonds geht, und das wollen wir nicht. Wir wollen keine Umgehung der Schuldenbremse, wir wollen keine finanzpolitische Disziplinlosigkeit. Wir wollen keine Fonds.

Was machen wir jetzt, wenn wir hier auf der einen Seite berechnete Anliegen haben, mit sehr begründeten Motiven, auf der anderen Seite aber eine Umsetzung die Bedenken weckt? Dies führt eben dazu, dass wir kein einheitliches Stimmungsbild haben. Man würde mehrheitlich helfen bei einem Postulat, und zwar in allen 4 Punkten, ebenso bei Punkt 2, der die logische Umsetzung ist, wenn man mindestens einen der Punkte unter 1 überweisen würde.

Bei der Motion, wie gesagt, gibt es kein einheitliches Stimmungsbild. In der Fraktion gab es eine knappe Mehrheit, die dagegen war. Ich könnte mir aber vorstellen, dass sich dies je nach Ergebnis noch ändern würde.

Adrian Haas, Bern (FDP), Einzelsprecher. Wissen Sie, was Sie jetzt zu tun im Sinn haben? Die BKW hat letztes Jahr 66,5 Mio. Franken Dividenden in die allgemeine Rechnung eingezahlt, und jetzt wollen Sie diesen Betrag, der wahrscheinlich dieses Jahr auch wieder ähnlich hoch sein wird, nicht in die allgemeine Rechnung aufnehmen, sondern Sie wollen es in einen Fonds einzahlen, und diesem Fonds wollen Sie irgendeinen Zweck auferlegen. Der BKW ist das wahrscheinlich Hundewurst. Es betrifft den Kanton, und dem Kanton fehlen nachher in der laufenden Rechnung 66 Mio. Franken, die er nachher nicht mehr für Soziales oder für was auch immer ausgeben kann. Wenn Sie zusätzlich 66 Mio. Franken in energetische Massnahmen investieren wollen, dann können Sie dies tun, aber dann müssten Sie quasi diesen Kredit dafür beschliessen lassen. Dann fehlt dieser

Betrag zwar nicht, aber es wird einfach ein Teil der laufenden Rechnung dafür verwendet. Das ist eigentlich dasselbe. Tun Sie doch jetzt nicht so, als würde nun die Dividende der BKW quasi zusätzliche Mittel generieren. Dies sind nicht zusätzliche Mittel, sondern diese fehlen nachher in der laufenden Rechnung. Ich verstehe diese Finanzpolitik nicht mehr, aber ich höre ja jetzt dann auf in der Finanzkommission.

Tabea Bossard-Jenni, Oberburg (EVP), Einzelsprecherin. Die BKW ist eine Gesellschaft, die Strom produziert, Strom einkauft und Strom weiterverkauft. Die BKW ist hier in der Pflicht, dem Kunden einen fairen Preis abzuknöpfen und dem Produzenten einen fairen Preis zu bezahlen. Ich finde nicht, dass wir hier in die Staatskasse greifen und die Aufgaben der BKW übernehmen müssen.

Le président. Le motionnaire laisse d'abord s'exprimer M. le conseiller Ammann. Willst du etwas sagen? – Am Schluss? Alors, je laisse la parole à M. Rüeegsegger.

Hans Jörg Rüeegsegger, Riggisberg (SVP), Motionär. Es war extrem spannend, und ich möchte mich bedanken für die doch ziemlich sachliche, zum Teil halt auch ein bisschen emotionale Angelegenheit. Danke für den Hasen, Adrian Haas, wir haben Freude daran, und jetzt müssen wir schauen, wie es weitergeht. Nein, ich bin froh um diese Diskussion und um die Haltung des Grossen Rates. Sie bringt eindeutig zum Ausdruck, was wir hier drin gerne hätten, was möglich ist von Seiten der Regierung. Was nicht möglich sein wird, auch in Zukunft nicht, ist, in ein solches Unternehmen einzugreifen. Ich habe aber auch gehört und gespürt, dass in vielen Fraktionen offene Fragen vorliegen, und dass nicht ganz alle mithelfen werden. Es gibt Absenzen. In einem Punkt gebe ich natürlich Adrian Haas Recht, nicht finanzpolitisch per se, da bin ich zu wenig versiert, aber ja, wir reden von heute und von der Vergangenheit, aber wie sieht die Zukunft dieser Dividende aus? Und da besteht natürlich eine Unsicherheit bei der Planung. Die Sicherheit, die es braucht für ein solches Geschäft, kommt nicht ganz zum Ausdruck. Ich habe heute kurz vor der Session gefragt, ob ich punktweise, also 1a, b, c, d, abstimmen lassen könne, ob das immer noch so sei oder nicht. *(Der Sprecher wendet sich an den Präsidenten. / L'orateur s'adresse au président.)* Die punktweise Abstimmung sei möglich. In diesem Sinne habe ich das Gefühl, es sei schlau, wenn ich den Punkt 1c in ein Postulat wandle. Die anderen lasse ich als Motion stehen und schaue, was dabei herauskommt.

Christoph Ammann, WEU-Direktor. Ich denke, in einem Punkt sind wir uns einig, die Regierung und das Parlament, nämlich: dass wir den Energieverbrauch senken müssen, dass wir die Energieeffizienz verbessern müssen und dass man erneuerbare Energien fördern muss. Es stellt sich nun die Frage nach dem Weg, nach dem richtigen Weg. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, mit wieviel Pathos hier ein Lösungsansatz oder schon fast ein Königsweg aufgezeigt wurde, um die Energiestrategie 2050 des Bundes umzusetzen. Die Regierung sieht diesen Weg. Sie hat sich auch damit beschäftigt, aber es ist für die Regierung nicht ein Königsweg, sondern es ist ein Holzweg.

Die Argumente haben Sie eigentlich letzte Woche selber geliefert bei der Debatte zum Vorstoss 229-2021 mit dem Titel «Die Klimakrise gemeinsam bekämpfen». Dort ging es um die gleiche Kernfrage, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte. Es ging darum, dass man eine Dividende zweckgebunden eingesetzt, das ist die Fragestellung oder das Kernstück dieses sogenannten Lösungswegs. Sobald wir eine Zweckbindung haben, sprechen wir von einer Spezialfinanzierung mit allen Vor- und vor allem mit allen Nachteilen. Diese wurden hier sehr prägnant von Grossrat Haas aufgezeigt. Wir haben das Problem der Planungsunsicherheit. Es kann niemand im Rahmen des Finanzplanungsprozesses eine klare Zahl einsetzen. Dividenden schwanken von Jahr zu Jahr, je nach Geschäftserfolg der Unternehmung. Es sind Mittel, die nachher dem Staatshaushalt nicht zur Verfügung stehen. Und es sind Mittel, die unter Umständen nicht ausreichen, um alle Anforderungen zu erfüllen, die jetzt unter 1a–1d aufgelistet sind. Dies führt zu einem weiteren Nachteil, nämlich, dass man wahrscheinlich einfach so viele Mittel einsetzen wird, um diese Ansprüche zu erfüllen, die man

eben haben wird. Es wird nicht nur eine Planungsunsicherheit im Finanzhaushalt geben, sondern auch bei den Anspruchsgruppen, also bei denen, die dieses Geld erwarten und damit rechnen.

Der zweite Punkt ist ebenfalls klar. Es bräuchte eine erneute Revision des Energiegesetzes, nachdem dasselbe Parlament diese letzte Woche gerade abgeschlossen hat. Wir würden eigentlich von einer Woche zu anderen eine nächste Energiegesetzrevision anstossen. Nun, was ist der Königsweg? Ich sage das jetzt vielleicht mit etwas weniger Pathos, aber eigentlich sind die Mittel und die Instrumente für das Parlament klar. Sie müssen diese nur einsetzen. Sie können bei der Budgetdebatte genau diese Anliegen mit Beträgen einstellen oder hinterlegen, und dann haben wir Planungssicherheit. Wir haben einen klaren, fixierten Betrag, den wir einsetzen können, mit dem wir rechnen und arbeiten können. Dies wäre der Königsweg, aber nicht dieser Weg hier. Diesen lehnt die Regierung ab.

Le président. Nous allons voter sur cette intervention parlementaire du point numéro 93 de l'ordre du jour. Nous allons voter les chiffres, 1a, 1b, 1c, 1d et 2. La motion est maintenue à l'exception du chiffre 1c qui a été transformé en postulat. Les député-e-s qui acceptent le chiffre 1a sous la forme d'une motion votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.78: Ziff. 1a / ch. 1a

Annahme / Adoption

Ja / Oui	77
Nein / Non	65
Enthalten / Abstentions	7

Le président. Vous avez accepté le point 1a sous la forme d'une motion.

Le chiffre 1b : les député-e-s qui l'acceptent sous la forme d'une motion votent oui, celles et ceux qui refusent cette proposition votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.78: Ziff. 1b / ch. 1b

Annahme / Adoption

Ja / Oui	86
Nein / Non	59
Enthalten / Abstentions	3

Le président. Vous l'avez accepté. Le chiffre 1c, transformée en postulat : les député-e-s qui acceptent cette proposition votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.78: Ziff. 1c, als Postulat / ch. 1c, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	121
Nein / Non	24
Enthalten / Abstentions	3

Le président. Vous avez accepté le chiffre 1c sous la forme d'un postulat.

Chiffre 1d sous la forme d'une motion : celles et ceux qui sont d'accord votent oui, celles et ceux qui rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.78: Ziff. 1d / ch. 1d

Annahme / Adoption

Ja / Oui	87
Nein / Non	55
Enthalten / Abstentions	6

Le président. Vous acceptez le chiffre 1d sous la forme d'une motion.

Dernier chiffre, le chiffre 2 : les député-e-s qui l'acceptent sous la forme d'une motion votent oui, celles et ceux qui rejettent cette proposition votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.78: Ziff. 2 / ch. 2

Annahme / Adoption

Ja / Oui	92
Nein / Non	56
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez accepté cette proposition.